

## Wiesbadener Angelegenheiten.

Wiesbaden, 7. Mai 1915.

### Krieg und Kapital.

Der Geschäftsbericht der gemischten Werke vorm. S. & E. Albert, Amöneburg-Wiebrich, für das Jahr 1914 ist nach der „Frankf. Ztg.“ diesmal besonders gehoben. Ausgeführt wird u. a., daß die vielfachen Schwierigkeiten, die der Krieg mit sich brachte, bedeutende Beschränkungen der Verbindungen der Gesellschaft unterbrochen, die meisten Unternehmungen, an denen sie mit Kapital beteiligt ist, haben unter den durch den Krieg geschaffenen Verhältnissen gelitten, jedoch der Gewinn aus diesen Teilnehmungen fast zurückgegangen sei. Wie hoch er sich stellte, ist nicht ersichtlich, ebenso wird über die einzelnen Erzeugnisse der Gesellschaft, die Beschaffung der Rohprodukte, die Preisentwicklung der Fabrikate usw. nichts gesagt. Auch über die englische Niederlassung und die Beteiligung in Rußland äußert der Bericht nichts. Er beschränkt sich vielmehr auf die Mitteilung, daß der Absatz in den Fabriken und Handelsorteln Einbußen erlitten habe.

Der Reingewinn beträgt 3 067 385 Mark, im vorigen Jahre 4 122 296 Mark. Dabei ist aber zu beachten, daß der Vortrag für das kommende Geschäftsjahr 1 530 270 Mark beträgt, während im Vorjahr nur 857 584 Mark gebucht wurden. Das geschieht wohl in der Absicht, im nächsten Jahr den tatsächlichen Reinertrag nicht so hoch erscheinen lassen zu lassen. Die Dividende wird wohl von 30 Prozent auf 15 Prozent ermäßigt — nebenbei bemerkt kommt dabei immer noch eine recht schöne Summe an die Aktionäre zur Auszahlung —, diese Ermäßigung kommt aber der nächstjährigen Bilanz zugute, so daß die Aktionäre Aussicht haben, auch im nächsten Jahr wieder einen anständigen „Entbehrungslohn“ für ihre „große Mithewaltung“ einbringen zu können. Sonderbarerweise sind die Abschreibungen im Vergleich zum Vorjahr außerordentlich hohe, wie überhaupt die ganze Bilanz auf den Krieg zugeschnitten ist. Wie viele andere Aktiengesellschaften, so wollen auch die gemischten Werke von S. & E. Albert ihre Kriegsgewinne in der Öffentlichkeit nicht bekannt werden lassen, wie es eigentlich richtig wäre.

Auffallenderweise hat man bei der Gewinnverteilung — 1 500 000 Mark werden als Dividende verteilt und 287 707 Mark verbleiben Vorstand und Aufsichtsrat untereinander — die Schöpfer des Mehrwerts, die Lohnarbeiter, vollständig übergegangen. Trotzdem die Firma die Produkte teurer verkauft, erhalten die Arbeitslöhne — obwohl eine enorme Teuerung im Lande herrscht — keine Lohnzulagen. Nur der Pensionskasse für Beamte und Arbeiter und für sonstige gemeinnützige Zwecke wurden 50 000 Mark ausbezahlt. Wie es aber mit der sogenannten Unterstützungskasse bestellt ist, ist der Arbeiterschaft nur zu genau bekannt. Kurzum: das Kapital, im Besonderen die Hände, hat vor dem Kriege geherrscht, vermehrt sich während des Krieges ganz ungeheuerlich und wird auch wieder nach dem Kriege Kraft und Macht besitzen, sich rücksichtslos Geltung zu verschaffen.

### Protest gegen die Fleischsteuerung.

Die Berliner Fleischer-Zunft hat den maßgebenden Behörden folgende Resolution zugehen lassen:

„Unter dem Druck der jetzigen Verhältnisse sind die Preise für Schlachtvieh in das Ungemeinliche gestiegen. Dazu kommt, daß durch eine Verfügung des Handelsministers auf dem Berliner Schlachtviehmarkt ohne Anhörung des Fleischergewerbes für Schweine der ausschließliche Einkauf nach Lebendgewicht unter ausdrücklichem Verbot der Notierung von Schlachtviehpreisen eingeführt ist, was nur geeignet ist, einem unsoliden Geschäftsgeheimnis zu Ungunsten der Fleischer Vorschub zu leisten und vor allem eine das Publikum irreführende Verschleierung über die vom Fleischergewerbe gezahlten hohen Preise herbeizuführen. Die Phantasiapreise, die hauptsächlich die Schweine erreicht haben und nicht annähernd dem wirklichen Wert des Schlachtviehs entsprechen, zwingen, auch für Fleisch und Fleischwaren Preise zu nehmen, deren Höhe im Interesse der Bevölkerung zu bedenken ist, für die aber das Fleischergewerbe nicht verantwortlich gemacht werden kann.“

Am Frankfurter Schlachthof sind die gleichen Verhältnisse wahrzunehmen. Es wäre dringend notwendig und wünschenswert, daß einmal von maßgebender Stelle die Ursachen dieser Preistreiberie mitgeteilt würden. Am gestrigen Markt war abermals eine Preissteigerung beim Kleinvieh wahrzunehmen. Der Auftrieb bestand aus 113 Rindern, 6 Ochsen, 4 Bullen und 103 Färsen und Kühen, 782 Kälbern, 8 Schafen und 925 Schweinen. Rinder wurden nicht notiert. Bei Kälbern, von denen die erste Qualität nicht zum Verkauf stand, war die Preisgestaltung gegenüber dem letzten Markt folgende: 120 bis 123 Mark (113 Mark), 113 bis 120 (107 bis 110), 107 bis 110 (102 bis 107), 102 bis 107 (97 bis 100) pro Zentner Schlachtgewicht. Schafe gingen um 3 bis 4 Mark im Preise herunter, dagegen ist bei den zum Verkauf gelangenden drei Gewichtsklassen der Schweine eine weitere Preissteigerung von 5 Mark zu verzeichnen. Der höchstgezahlte Preis für Lebendgewicht war 117 Mark und für Schlachtgewicht 136 Mark. Von 925 Schweinen waren bis zum Zeitpunkt der Notierung 77 Stück zu Lebend- und 475 zu Schlachtgewicht verkauft. Der durchschnittlich gezahlte Preis für Lebendgewicht ergab 106,82 Mark gegen 105,06 Mark und für Schlachtgewicht 125,47 Mark gegen 126,05 Mark auf dem Vormarkt. Weiter den Marktverkauf sagt der offizielle Bericht: „Kälber und Schweine wurden bei lebhaftem, Schafe bei ruhigem Geschäftsgang ausverkauft.“

Zur Landsturmmusterung. Den Landsturmpflichtigen des 2. Aufgebots, die zurzeit im „Deutschen Hof“ gemustert werden, wird stets nach der Musterung ein Exemplar der Bestimmungen für ausgehobene Landsturmpflichtige überreicht. Der erste Paragraph dieser Bestimmungen lautet: „Die Mannschaften haben sich nach der Aushebung innerhalb 48 Stunden bei dem Bezirksfeldwebel anzumelden.“ Dieser Paragraph ist hinfällig, er wird daher vor der Verteilung der kleinen Druckstücke bereits mit Bleistift durchgestrichen. Sollten Landsturmpflichtige Exemplare der

„Bestimmungen“ erhalten, auf denen der erste Paragraph nicht durchgestrichen ist, so können sie das selbst besorgen, denn auch für sie hat der Paragraph keine Gültigkeit.

Achtung, Parteimitglieder! Am nächsten Sonntag findet die Einfassung der Beiträge für Monat Mai statt. Wir bitten die Genossen und Genossinnen dafür zu sorgen, daß Mitgliedsbuch und Geld bereit liegt, damit die Einfassung glatt von statten geht. Wer nicht zu Hause angetroffen wird, dem ist Gelegenheit geboten, am Montagabend im Gewerkschaftsbaue, kleiner Saal, die restlichen Beiträge zu begleichen. Die Unterlasser erziehen wir, vollständig am Montagabend erscheinen zu wollen.

Für die „Hungernden“ in Deutschland treffen, wie aus Rheinischen Berichten wird, fortgesetzt aus Amerika Postpakete mit Mehl und anderen Sachen ein. Da nun ein 10-Pfund-Paket etwa 5 Mark für Porto erfordert, so werden die nützlichsten Bekannten und Verwandten in Amerika, die ihre Freunde und Angehörigen vor dem Verhungern schützen wollen, recht erkaunt sein, wenn sie erfahren, daß das Pfund Mehl in Deutschland 25 Pfg., also etwa die Hälfte des von ihnen aufgewendeten Portos, kostet.

Die Landwirtschaftliche Winterschule zu Hof Geisberg war, wie wir dem oben erwähnten Bericht über das 39. Winterhalbjahr entnehmen, 1914/15 von 17 Schülern besucht, von denen 16 aus dem Regierungsbezirk Wiesbaden stammten und 12 Söhne von Landwirten waren. Die Eröffnung des Wintersemesters 1915/16 erfolgt voraussichtlich Ende Oktober.

Residenz-Theater. Der Samstag bringt eine Wiederholung des beliebten fröhlichen Spiels: „Als ich noch im Flügelkleide“, und am Sonntag geht Jacobus übermütiger Schwan „Bension Schöller“ nochmals in Szene. Am Montag gastiert die Geigenmimikerin und Geigen tänzerin Feina Andrien in „Die Märchen von der Geige“, ein Spiel für jung und alt. Feina Andrien ist die Schöpferin eines ganz neuen Musikgenres, das hauptsächlich bezaubert, den geistigen Inhalt und Sinn des gezeigten Musikstücks auch bildlich und mimisch darzustellen. Die einzelnen Geigenmärchen verbindenden Gedichte und Märchen Erzählungen sind von Feina Andrien selbst zusammengestellt. Sie spielt eine Guarnerius-Geige aus dem Jahre 1635, ein Geschenk des regierenden Fürsten Richtenstein. Den interessanten Abend eröffnet Sudermanns beliebtes Lustspiel „Die ferne Prinzessin“. Zu dieser Vorstellung haben Jugend- und Jungfernkarten Gültigkeit mit der üblichen Nachzahlung. Der Vorverkauf beginnt morgen Samstag.

Gegen die Wahrsagerinnen. Durch Verfügung des Stellv. Generalkommandos des XVIII. Armeekorps vom 26. April d. J. sind im Bereiche des XVIII. Armeekorps die öffentlichen Andeutungen von Wahrsagern usw. untersagt worden. Die Polizeibehörde wird gegen jede Wahrsageri ganz gleich in welcher Form sie ausgeübt wird, unmissverständlich vorgehen.

### Aus dem Kreise Wiesbaden.

Wiebrich, 6. Mai. (Rückwärtslofer Unternehmer.) Der Raschener Neudorfer, der längere Zeit in der Rubensfabrik Vater & Cie beschäftigt war, wurde als Landsturmmann zum Militär eingezogen, aber nach vierwöchentlicher Dienstzeit wieder entlassen. Der Arbeitsplatz war in der Zwischenzeit anderweitig besetzt worden. Von der Firma hatte Neudorfer ein Stück Feld im Besitz, das er sich mühsam mit Kartoffeln, Gemüse, Bohnen usw. bestellte, um im Herbst für die große Familie etwas zu können. Er hatte die Rechnung ohne den Herrn Gott gemacht. Bei Nachfrage um Arbeit wurde ihm mitgeteilt, daß, weil das Arbeitsverhältnis gelöst ist, er auch das besetzte Feld wieder abtreten müsse. Damit erfüllte sich der Arbeiter nicht einverwandelt. Das Verhalten des Fabrikanten Neudorfer in dieser schweren Zeit zeigt wirklich von wenig sozialem Verständnis. Der Mann klagte, da ihm auch kein Zeugnis ausgestellt wurde, am Gewerbeamt und erhielt dann durch die dortige Vermittlung ein Zeugnis nebst 20 Mark Entschädigung für Auslagen des bestellten Feldes. Kommentar überflüssig!

Mainz, 6. Mai. (Die Nachfahrt auf dem Rhein) ist für einzeln fahrende deutsche Personen, und Güterdampfer vom Gouvernment Mainz wieder zugelassen worden. Es bedarf dazu eines besonderen Antrages.

### Aus den umliegenden Kreisen.

#### Hanauer Stadtverordnetenversammlung.

Das rücksichtliche Verhalten der bürgerlichen Mehrheit machte sich in der Stadtverordnetenversammlung auch geltend wieder bemerkbar. Unter Führung des national-liberalen Landtagsabgeordneten Baurat Wöhrlich lehnte sie den sozialdemokratischen Antrag auf Gewährung einer allgemeinen Teuerungszulage für die städtischen Arbeiter in Höhe von 10 Prozent kategorisch ab. Die Begründung unserer Genossen, daß schon andere Städte, auch städtische Betriebe und Hanauer Fabrikanten vorbildlich gewirkt haben, ließen sie einfach nicht gelten. Dagegen war ein Teil der bürgerlichen Herren bereit, für die Pferde des Oekonom Hofmann eine Teuerungszulage von 20 Prozent zu bewilligen.

Herr Oekonom Franz Hofmann hat nämlich einen Antrag auf Erhöhung der Vergütung für die Mähschulz eingebracht. Der Magistrat war bereit, auf die vertraglich festgelegte Vergütung vom 1. Januar 1915 ab für die Dauer des Krieges eine Teuerungszulage von 25 Prozent zu bewilligen. Der Finanzaußschuß wollte nur 20 Prozent gewähren. Dem Oekonom wurde im Jahre 1910 die Mähschulz vertraglich von der Stadt Hanau bis zum Jahre 1920 übertragen. Als Entschädigung erhält er jährlich 2000 Mark für den Wagon, d. i. pro Tag und Wagon 7,70 Mark. Herr Hofmann erklärt nun, daß der äußerst schwierigen und lohnspieligen Beschaffung von Futtermitteln für die Pferde und von Arbeitskräften mit diesem Preise jetzt nicht mehr auszukommen. — Landtagsabgeordneter Baurat Wöhrlich plädierte warm für diese Teuerungszulage.

Genosse Dr. Wagner führte aus: Wir müssen dringend ersuchen, daß Punkt 12 der Tagesordnung: „Gewährung einer Teuerungszulage an die städtischen Arbeiter“ mit dieser Sache verhandelt wird. Sie haben im Finanzaußschuß Herrn Hofmann für seine Pferde die Teuerungszulage bewilligt, dagegen unseren Antrag auf Gewährung einer Teuerungszulage für alle städtischen Arbeiter abgelehnt. Diese Entschiedenheit können Sie doch heute im Plenum nicht anerkennen. Die Sozialdemokraten machen ihre Zustimmung von der Gewährung der Teuerungszulage an die städtischen Arbeiter abhängig. Lehnen Sie diese ab, dann stimmen wir auch gegen die Erhöhung der Vergütung für die Mähschulz. — Genosse Hoch befürwortet ebenfalls nochmals die Anregung des Genossen Dr. Wag-

ner bezüglich der Teuerungszulage für die städtischen Arbeiter. Die außergewöhnlichen Verhältnisse sprechen für unseren sozialdemokratischen Antrag. — Darauf wurde beschlossen, die zwei Sachen gemeinsam zu verhandeln.

Stadth. Varnagel berichtet im Auftrag des Finanzausschusses, daß die städtischen Arbeiter einen Antrag auf Gewährung einer Teuerungszulage von 30 Pfennig pro Tag eingebracht haben. Dem Antrag sei eine eingehende Begründung beigelegt, und insbesondere ist auf die Preissteigerung aller Lebensmittel hingewiesen. Die Preise für Kartoffeln und Brot seien aber nicht ganz richtig angegeben, man habe sich Uebertreibungen zuschulden kommen lassen. Der Magistrat hat beschlossen, keine allgemeine Unterstützung zu gewähren, sondern nur denjenigen eine Zulage zu bewilligen, bei denen sich die Teuerung fühlbar mache. Ein Teil der städtischen Arbeiter habe Löhne bis zu 2200 Mark und keine Kinder unter 16 Jahren; für diese solle die Teuerungszulage weh. Dagegen seien bei der Tagelöhnerklasse noch Arbeiter mit weniger wie 1300 Mark vorhanden; hier wolle man etwas tun, und zwar soll der Mindestlohn für eine Familie von fünf Köpfen vom 1. Juli d. J. ab auf 1350 Mark festgesetzt werden. Alle Löhne von über 1350 Mark sollen aus. Diese Erhöhung soll auch den Familien der im Felde stehenden städtischen Arbeiter gezahlt werden. Es handelt sich um einen durchschnittlichen Betrag von 66,75 Mark monatlich. Diese Teuerungszulage ist im Jahre 1911 gewährt worden und soll deshalb auch heute Anwendung finden.

Genosse Dr. Wagner führt als Redner der sozialdemokratischen Fraktion aus, daß der Antrag der städtischen Arbeiter auf Gewährung einer Teuerungszulage von 30 Pfennig pro Tag bei den gegenwärtigen Zeiten außerordentlich bescheiden zu nennen sei. Mit diesen 30 Pfennig pro Tag wäre es den Leuten noch nicht mal möglich, die Mehrkosten des Mittagstisches zu decken. Die Teuerung von 1911 lasse sich in keiner Weise mit der jetzigen vergleichen. Die Verhältnisse hätten sich viel ungünstiger wie damals gestaltet, die Einkommensverhältnisse von 1350 Mark könnten daher nicht mehr herangezogen werden. Das Gesamtvermögen des Vorredners an der Begründung der städtischen Arbeiter war wirklich unendlich. Die Leute haben die Preise für Brot und Kartoffeln schon richtig angegeben. Nicht nur die Nahrungsmittelpreise, sondern auch die Preise der Bedarfsartikel sind enorm gestiegen. Für die Pferde des Oekonom Hofmann will man eine Teuerungszulage von 25 bezw. 20 Prozent bewilligen, den städtischen Arbeitern wird eine solche von 30 Pfennig pro Tag oder 6 Prozent einfach verweigert. Es bleibt also den Arbeitern nichts anderes übrig, als den Hungerriemen noch enger zu schnallen. Aber die bürgerlichen Petticoats kennen eben die Verhältnisse der Arbeiterfamilien nicht, sonst würden sie nicht so handeln. Auch der Reallohn des Arbeiters ist heute außerordentlich gesunken. Das hat auch die Pulverfabrik anerkannt, indem sie den Arbeitern eine 10prozentige Teuerungszulage bewilligte. Andere Städte und Gemeinden sind gefolgt, auch Hanauer Privatbetriebe haben hier vorbildlich gewirkt. Aus diesen Erwägungen heraus ist der Antrag des Finanzausschusses abzulehnen und dem Antrag auf Gewährung einer allgemeinen Teuerungszulage an die städtischen Arbeiter in Höhe von 10 Prozent stattzugeben.

Die bürgerlichen Vertreter hielten sich in Schweigen. Nachdem der Vorredner, Justizrat Uth, mehreremale vergeblich um Wortmeldung ersucht hatte, nahm Genosse Hoch nochmals das Wort, um warm für die Interessen der städtischen Arbeiter einzutreten. Redner ist überzeugt von dem Schweigen der bürgerlichen Vertreter. Die Forderungen der städtischen Arbeiter seien doch im Verhältnis zur jetzigen Zeit sehr bescheiden. Sollen die Leute im städtischen Betrieb ihre Pflicht tun, dann müssen wir auch für eine genügende Ernährung sorgen, damit ihre geistige und körperliche Leistungsfähigkeit auf der Höhe bleibt. Genuß muß an den Finanzen festam umgegangen werden, aber doch nicht auf Kosten dieser Arbeiter, die von der Hand in den Mund leben. 1911 war die Teuerungszulage schon viel zu niedrig, heute ist sie ganz und gar unangemessen. Redner erinnert ferner daran, daß auf seine Eingabe an die Pulverfabrik das Kriegsministerium eine 10prozentige Lohnsteigerung bewilligt hat. Diesen und ähnlichen Betrieben könne sich die Stadt Hanau getrost an die Seite stellen.

Stadth. Varnagel erklärt, für den Antrag der sozialdemokratischen Fraktion zu stimmen. Die Ernährungsverhältnisse der Arbeiter seien zurzeit sehr traurige und der Antrag daher gerechtfertigt.

Stadth. Varnagel hat ausgerechnet, daß der sozialdemokratische Antrag der Stadt eine jährliche Mehrbelastung von 16 000 Mark bringt. Diese Belastung des Stadtschatzels mache er nicht mit. Er erkenne wohl an, daß die Arbeiter in einer sehr schweren Zeit leben, aber es müsse jeder seinen Teil tragen. — Genosse Dr. Wagner weist noch darauf hin, daß die Teuerungszulage zunächst nur für die Dauer des Krieges verlangt werde, also von 16 000 Mark gar keine Rede sein könne. Er erinnert an die Kriessprofite, die die Kriegsspekulanten einheimsten und insbesondere an die außerordentliche Verteuerung des Schutzes und der Kleider.

Hofmannsmeister Reinhardt legt, keine Propaganda gegen den sozialdemokratischen Antrag machen zu wollen. Die Lage des Kleinhandwerts sei aber in Hanau ebenfalls außerordentlich schlimm. Nach einer Statistik betrage das Einkommen der Hanauer Geschäftsleute und Handwerker nur 12—1700 Mark im Jahr, wenn auch in einer gewissen Presse morgen etwas anderes behauptet wird.

Genosse Hoch: Wir sind jederzeit für die Kleinen Leute eingetreten. Ich erinnere nur an die Kartoffelversorgung. Wir haben überall prächtig mitgearbeitet, um zu helfen. Wenn man Sie aber hört, möchte man geradezu verzweifeln. Was spielen Sie 16 000 Mark, die zur Stillung von Hunger und Not ausgegeben werden sollen, für eine Rolle, wo für andere Zwecke so viel ausgegeben wird!

Für den sozialdemokratischen Antrag stimmten darauf außer den Sozialdemokraten Mittelschullehrer Wolf, die Rationalisieratoren Ratz, Pfister, Barnikel und Adrian, der gegenwärtige Baurat Wöhrlich, Roberger, Varnagel, Dr. med. Ambrosius, Kallweil, Direktor Kämmerer, Bouterie, Schömann, Kertler, August Bräuning, Prof. Dr. Hofmann, Kreisaußschußsekretär Roese, Weichbindermeister Förster, Stiebing, Würtner, Gerhardt II., Rechtsanwalt Dr. Ruckbaum, Hofmannsmeister Reinhardt, Spengler, Wirtz, Holzschindler Müller, der Kreisinspektor Oth und Justizrat Uth.

Einmütig wurde darauf angenommen die Gewährung einer Teuerungszulage wie im Jahre 1911. Abgelehnt wurde dann aber auch der Antrag auf Gewährung einer Teuerungszulage für die Pferde des Oekonom Hofmann. Für diese Zulage stimmten Baurat Wöhrlich, Varnagel, Dr. med. Ambrosius, Kallweil, Direktor Kämmerer, Roese, Förster, Stiebing, Würtner, Prof. Dr. Hofmann, Hofmannsmeister Reinhardt, Spengler, Wirtz, Holzschindler Müller, der Kreisinspektor Oth und Justizrat Uth.

Annahme fand der neue Vertragstext zwischen dem Magistrat und dem Theaterdirektor Walbert Steffler. Der Vertrag läuft vom 15. September 1916 bis zum 15. Mai 1917, und zwar ohne Zahlung eines Mietpreises. — Zustimmung wurde dem Antrag der Versammlung von der Verleumdungsdarstellung über das Vermögen der ersten Schul- und Küsterstelle in Hanau-Beselstadt. — Der Ehefrau des ehemaligen Vizepräsidenten Stahl wird für die Monate April, Mai und Juni eine Unterstützung von je 50 Mark gewährt. Stahl ist bekanntlich wegen Unterschlagung von Geldern des 81. Infanterieregiments in Untersuchungshaft. — Für den Einbau eines zweiten Redens an der Pumpstation an der Gipsmühle wurden 16 000 Mark bereitgestellt. — Dem Gesuch des Widerstands um Unterstützung für die Kleinkinderschule Nefelallee wurde stattgegeben. Der Bereich erhält 600 Mark.

Ueber die Baukontrolle 1914 berichtete Genosse Hoch. Unfälle wurden gemeldet 40 gegen 41 im Jahre 1913; Neubauten wurden 33 ausgeführt (64), größere Um- und Neubauten 40 (66), Weichbindergerüste usw. 106 (138). Redner ersucht, in den nächsten Jahresberichten ausführliche Abhandlungen über die Baukontrolle zu bringen. — Weichbindermeister Förster verfuhr, einige

Unfälle in milderen Maße darzustellen. Ihm wird von Genossen auch das Gegenteil nachgewiesen.

Eine längere Debatte entwickelte sich nochmals über den Antrag des Magistrats, der die Arbeitslosenunterstützung ab 1. Mai d. J. eingekürzt wissen will. In der Begründung heißt es, daß die größte Zahl der Unterstützten im Monat November 77 betragen habe; inzwischen habe sich die Zahl auf 11 Unterstützte vermindert. Von diesen seien mehrere durch Alter und Kränklichkeit unterstützungsbedürftig, und hier könne die Armenverwaltung eintreten. Die anderen sollen aus der Familienfürsorge eine Unterstützung empfangen. Es handelt sich nur noch um zwei bis drei Personen, für die eine Arbeitslosenunterstützung nicht weitergeführt zu werden braucht. Gegen diese eigenartige Auffassung des Magistrats wandten sich unsere Genossen Dr. Wagner, Schreiber und G. o. g. ganz entschieden. Mit Recht wiesen sie auf den Ausbau der Arbeitslosenunterstützung im Land und im Reich hin, und in Hannover solle man jetzt die Sache einstellen. Das sei ja ganz unbegreiflich. In nächster Zeit sei sicher mit einer erheblichen Arbeitslosigkeit zu rechnen, da die Korn- und Getreideernteausfälle erheblich seien. Die Herren ließen sich schließlich überzeugen. So wird auch in Hannover entsprechend den Wünschen unserer Genossen weiter an der Arbeitslosenunterstützung während des Krieges festgehalten.

Der Oberbürgermeister gab nach den Beschlüssen der Ratstagskommission bekannt. Die Stadtverwaltung gibt Lebensmittel, und zwar das Pfund Getreide zu 35 Pfennig, Wachsen zum selben Preis, Sauerkraut zu 20 Pfennig an die Einwohner mit weniger als 3000 Mark Einkommen ab. Die Stadt zahlt im Einkauf für die Getreide 48 Pfennig und für die Wachsen 45 Pfennig.

**Friedenheim, 6. Mai. (Leichenfindung.)** Am Dienstag früh wurde unterhalb der Brücke auf Friedenheimer Gebiet die Leiche eines gut gekleideten, etwa 20 Jahre alten Mannes gefunden und nach dem hiesigen Friedhof verbracht. Wie jetzt festgestellt ist, kommt ein Postbote aus Frankfurt a. M. in Betracht, dessen Angehörige die Ueberführung der Leiche nach dort hin angeordnet haben. Ob Selbstmord oder ein Unfalltod vorliegt, war bis jetzt nicht zu erfahren. Ferner wurde hier an der Engelshaus die Leiche eines neugeborenen Kindes weiblichen Geschlechts aus dem Main gezogen. Die Leiche war in ein Säckchen eingewickelt und dieses in eine Segeltuchtasche gesteckt. Bis jetzt fehlt jede Spur der Herkunft des Kindes.

**Friedenheim, 7. Mai. (In Straßengassen.)** wurden vom Bürger-Schöffengericht wegen Vergehens gegen die vom Bundesrat erlassenen Anordnungen, den Verbrauch von Weizenmehl bezw. das vorgeschriebene Brotgewicht betreffend, zwei Ehefrauen wegen Kuchenbackens, ein Bäckermeister wegen Mindergewicht von Brot, und eine Bäckermeisterin, deren Mann im Felde steht, wegen Verabreichung reinen Weizenmehls zu Bußstrafen. Die Rechtsgenannte hat ihren Betrieb zum großen Bedauern ihrer Kundenschaft eingestellt, die immer des Lobes voll war über das vortreffliche Brot, das von diesem Geschäft geliefert wurde.

**+ Königheim, 5. Mai. (Kartoffelverkauf.)** Die Stadt hat wieder 300 Zentner Kartoffeln angekauft und gibt dieselben zum Selbstkostenpreis nächsten Freitag ab. — Ein hiesiger Bäckermeister, der seinen Weizenbestand um 20 Zentner zu gering angab, wurde mit 80 Mark Geldstrafe bestraft.

**Uffingen, 6. Mai. (Bürgermeisterversammlung.)** Eine hier abgehaltene Versammlung der Bürgermeister des Kreises Uffingen beschloß, unter gegenseitiger Hilfeleistung aller Kreisgemeinden sämtliche urbanen Ländereien zu bestellen. Wo sich irgendwelche Mängel an Arbeitskräften einstellen, wird das Landratsamt vermittelnd eingreifen.

**Münster (Oberhausen), 6. Mai. (Brand.)** Durch spielende Kinder wurden gestern die Wirtschaftsgebäude eines Landwirts in Brand gesteckt. Die Gebäude samt allen Vorräten und Maschinen wurden ein Raub der Flammen.

**Wiesfeld, 5. Mai. (Im Streit.)** Ein hier auf Urlaub weilender Landsturmmann gab gestern in der Dunkelheit auf den Beigeordneten Schäfer, mit dem er in Streit lebt, einen Revolverhieb ab, der aber fehl ging. Der Landsturmmann wurde verhaftet.

**Marburg, 6. Mai. (Von der Universität.)** Die Zahl der Studierenden an der Universität beträgt in diesem Sommersemester 260, wovon die Hälfte Damen sind. Im vorigen Sommersemester betrug die Zahl der Studierenden 2400. Das wirtschaftliche Leben hat durch den Ausfall der 2000 Studierenden einen argen Schaden erlitten.

**Bingen, 5. Mai. (Der Anstich der Reben)** in den Weinbergen des Kreises Bingen ging im allgemeinen sehr gleichmäßig von statten. Die Triebe gehen auch reichlich Gesehne. Trotz der sich entgegensetzenden Schwierigkeiten wurden die Arbeiten an den Weinbergen eifrig gefördert, so daß ein Teil der Frühjahrshodenarbeiten erledigt werden konnte. Vereinzelt hat sich in den Weinbergen der Krepelmurm bemerkbar gemacht. Dieser Schädling wird dort, wo er in stärkerem Maße auftritt, durch Einfammeln bekämpft.

## Aus Frankfurt a. M.

### Gegen die Teuerung.

Die von der sozialdemokratischen Partei auf Donnerstag in die „Stadthalle“ einberufene Protestversammlung gegen die ungeheure Preissteigerung der Lebensmittel war nur mäßig besucht. Bei außerordentlichen Kundgebungen erst merkt man, wie groß die Zahl insbesondere der geistig regamen Männer ist, die eingerückt sind. Frauen sind es, die in der Hauptsache die Versammlungen besuchen. Und auch bei ihnen scheint schon infolge der anhaltenden Teuerung eine Gleichgültigkeit eingerissen zu sein, die, wenn sie anhält, für die unteren Klassen gefährlich werden kann. Regierung und Gemeinderat stehen dem Volkstand bisher unglücklich gegenüber. Sie können zu energischen Maßnahmen nur veranlaßt werden, wenn sich die Angehörigen der mittleren und unteren Schichten mehr rühren und ihr Verlangen nach billigen Lebensmitteln entschieden zum Ausdruck bringen. Das kann man aber nicht, wenn man untätig beiseite steht und nur die Faust in der Tasche macht; dazu gehören von einem einheitlichen Gedanken getragene Massenkundgebungen.

Das Kapitel der Lebensmittelteuerung ist in der Presse und auch in Versammlungen schon ausgiebig erörtert. Die Referenten Dr. Quard und G. o. g. beschränkten sich denn auch darauf, nochmals kurz alle politischen und wirtschaftlichen Erscheinungen zusammenzufassen, die die Teuerung verursacht haben, und Vorschläge zu machen, wie ihr abgeholfen werden kann. Als erster Redner wies Genosse Dr. Quard auf die Erregung hin, die die großen Ereignisse bis in den täglichen Verkehr gebracht haben. Entscheidend für unser Geschick und die Sicherung der Heimat sei mit die Tätigkeit, die dabei ausgeübt wurde. Er erwähnte ferner die gewaltige Organisation, die zur Versorgung der 70 Millionen Einwohner mit Brotkorn geschaffen worden ist und die wichtige Rolle, die den Gemeinden dabei zufällt. Bei der Preisfestsetzung für Brot hätte aber unbedingt mehr auf die Einkommensverhältnisse der kleinen Leute Rücksicht genommen werden müssen. Es

kommt nicht allein darauf an, ihnen eine bestimmte Ration zu sichern, sondern darauf, ob sie die dafür angelegten Preise auch zahlen können. Von der Preissteigerung sind alle Artikel betroffen, die für den Konsum in Betracht kommen. Die von der Regierung dagegen ergriffenen Maßnahmen seien ungenügend; sie habe insbesondere die von großen Parteien und wirtschaftlichen Korporationen verlangte Beschlagnahme der Kartoffeln abgelehnt. Dabei habe es sich bei der Beschlagnahme von Futtermitteln gezeigt, daß es selbst bei der Anaproveit einiger Produkte wohl möglich ist, ausgleichend zu wirken. Unerforschlich sind auch die Preise für Fleisch für den kleinen Mann; Höchstpreise fehlen hier vollständig. Aber auch sie allein helfen nichts, wenn nicht auch Detailpreise festgesetzt werden, insbesondere für Kartoffeln und Fleisch. Zum Schluß wandte sich der Redner unter lebhaftem Beifall energisch gegen die seit hergebrachte Festsetzung der Landwirtschaft bei der Verarbeitung der Kartoffeln zu Spiritus; das müsse aufhören. Es müsse ferner eine lückenlose Organisation zur Verteilung aller Lebensmittel geschaffen und dabei Rücksicht auf die Einkommensverhältnisse insbesondere auch der Familien der Kriegsteilnehmer genommen werden. Die Sorge auch für die Volksgenossen dabei sei mit die beste Bürgschaft für einen baldigen Frieden.

Der zweite Referent, Genosse G. o. g., befahte sich mehr mit Einzelheiten. Den Kleinhandel für die Preissteigerung verantwortlich zu machen, sei nicht richtig; die Schuld tragen die Großhändler und Spekulant. Statt gute Ermahnungen zu erteilen, hätte die Regierung handeln und den Wucherern das Handwerk legen sollen. Am schlimmsten haben es die Mehl-Lieferanten gemacht. An den Kriegsgewinnen der Mühlenbesitzer zeigte Redner, wie das Volk bedrückt worden ist. Die Kunstmühle Rind in Godramstein steigerte ihren Uberschuß von 128 000 auf 274 000, die Seiffische Kunstmühle in Mannheim von 75 000 auf 175 000 Mark. Die Dividende der Röhrlmühle in Niederlahnstein stieg von 6 auf 10 Prozent, die der Germannmühle in Bosen von 9 auf 18 Prozent, die der Berliner Dampfmühle A. G. von 0 auf 8 Prozent, die der Bremer Röhrlmühle von 11 auf 17 Prozent. Die Schleifmühlwerke Breslau haben nur 1800 Tonnen Mehl mehr gemahlen, der Gewinn stieg aber von 197 000 auf 288 000 Mark. Andere Mühlen haben ungeheure Abschreibungen gemacht, um ihren Gewinn nicht so hoch erscheinen zu lassen. Es ist ein wenig ehrenvolles Beginnen, aus der wirtschaftlichen Not des Volkes derartige Vorteile zu ziehen. G. o. g. wies ferner auf den Schwindel und die Täuschungen hin, die in der Lebensmittelverfälschung festgestellt werden. Mit gefälschten und minderwertigen Riebsachen hat man die eigenen Soldaten betrogen. Geradezu tolle Dinge sind bei der Spekulation mit Süßfrüchten zu verzeichnen. Erbsen, die im Inlande genügend vorhanden sind, sind im Preis um 280 bis 350 Prozent gestiegen. Diese Artikel sind deshalb so teuer, weil sie durch Tausende von Händen gegangen sind, ohne das Lager zu wechseln. Limburger Käse ist um 118 Prozent gestiegen. Die Probianten haben ihr gutes Teil zur Preissteigerung beigetragen; an einigen besonders markanten Fällen wies der Redner das nach. Um ähnlichen Dingen vorzubeugen, müsse die neue Ernte gesichert und Beschlagnahme werden; ein Kriegsernteamt sei notwendig. Unsere Wirtschaft muß den Zwecken der allgemeinen Versorgung, und nicht denen der privaten Spekulation und des Wuchers dienen. (Beifall.)

In der Diskussion sprachen noch die Genossen Seinemann und Beigärtner. Die Stimmung der Versammlung kam in der Annahme folgender Resolution zum Ausdruck:

1. Die Veranlassung Frankfurter Einwohner wünscht eine gründlichere, bessere Regelung der Lebensmittelversorgung als bisher und schlägt dazu folgende Einrichtungen vor:
2. Schaffung einer Reichszentrale für Lebensmittelversorgung mit den Befugnissen der Bundesratsverwaltung vom 4. 8. 1914, zusammengefasst aus Vertretern der Landwirtschaft, der Industrie und vor allem auch der Konsumenten.
3. Gemeinwirtschaftliche Regelung der Fleisch- und Kartoffelversorgung analog der Proviantversorgung durch Beschlagnahme und Verteilung der Vorräte und Festsetzung von Engros- und Detailpreisen.
4. Für die übrigen Hauptnahrungsmittel Festsetzung von Engros- und Detailpreisen und strenges Einschreiten gegen Wucher, gegen Verleumdungen und Umgehungen jener Preisfestsetzungen, sowie unnachlässige Verfolgung aller Verleumdungen.

## Musterung des Landsturmes und der Militärpflichtigen.

Die Musterung des Landsturm- und Militärpflichtigen der Hilfs-Ersatzkommissionen I, II und III findet in der Zeit vom 10. bis 18. Mai h. wie folgt statt:

- A. Hilfs-Ersatzkommission I Frankfurt a. M. „Viehhof“, Lange Straße 26.
1. Landsturmpflichtige.
- Mai 10.: 1874 A, B, C, D, E, F, G bis 100. — Mai 11.: 1874 G 110 bis Ende. 1873 A, B, C, D, E, F, G, 1872 A, B bis 22. — Mai 12.: 1872 B 23 bis Ende. C, D, E, F, G, 1871 A, B bis 26. — Mai 14.: 1871 B 27 bis Ende. C, D, E, F, G, 1870 A, B, C. — Mai 15.: 1870 D, E, F, G, 1869 A, B, C, D, E, F, G.

2. Militärpflichtige.
- Mai 17.: 1892, 1893, 1894, 1895 bis D 25 alle Militärpflichtigen mit den Anfangsbuchstaben A, B, C, D, E, F, G, die wegen zeitlicher Unmöglichkeit zurückgestellt sind. — Mai 18.: 1895 D bis Ende, E, F, G mit Vor.

- B. Hilfs-Ersatzkommission II Frankfurt a. M. „Niederräder“, Lange Straße 29.

1. Landsturmpflichtige.
- Mai 10.: 1874 A, B, C, D, E, F, G bis 100. — Mai 11.: 1874 G 110 bis Ende. 1873 A, B, C, D, E, F, G, 1872 A, B bis 22. — Mai 12.: 1872 B 23 bis Ende. C, D, E, F, G, 1871 A, B bis 26. — Mai 14.: 1871 B 27 bis Ende. C, D, E, F, G, 1870 A, B, C. — Mai 15.: 1870 D, E, F, G, 1869 A, B, C, D, E, F, G.

2. Militärpflichtige.
- Mai 17.: 1892, 1893, 1894, 1895 bis D 25 alle Militärpflichtigen mit den Anfangsbuchstaben A, B, C, D, E, F, G, die wegen zeitlicher Unmöglichkeit zurückgestellt sind. — Mai 18.: 1895 D bis Ende, E, F, G mit Vor.

- C. Hilfs-Ersatzkommission III Frankfurt a. M. „Kesselerheim“, Berger Straße 121.

1. Landsturmpflichtige.
- Mai 10.: 1874 A, B, C, D, E, F, G bis 100. — Mai 11.: 1874 G 110 bis Ende. 1873 A, B, C, D, E, F, G, 1872 A, B bis 22. — Mai 12.: 1872 B 23 bis Ende. C, D, E, F, G, 1871 A, B bis 26. — Mai 14.: 1871 B 27 bis Ende. C, D, E, F, G, 1870 A, B, C. — Mai 15.: 1870 D, E, F, G, 1869 A, B, C, D, E, F, G.

## 2. Militärpflichtige.

Mai 18.: 1895, 1894 und ältere, alle Militärpflichtigen der Anfangsbuchstaben A, B, C, D, E, F, G, die wegen zeitlicher Unmöglichkeit zurückgestellt sind.

Die tägliche Musterung findet früh 6 1/2 Uhr statt. Landsturm- und Militärpflichtige, die dieser Aufforderung nicht Folge leisten, werden nach den Bestimmungen des Militär-Strafgesetzbuches streng bestraft. Die wegen zeitlicher Unmöglichkeit zurückgestellten Militärpflichtigen, die seit dem 15. Januar 1918 hier abgezogen sind und sich nicht zur Musterung angemeldet haben, werden darauf aufmerksam gemacht, unter Vermeidung strenger Bestrafung diese Meldung schleunigst zu bewirken.

Aus dem Zoologischen Garten. Das Tiergehege hat eine sehr erwünschte Bereicherung erfahren. Rittersgutsbesitzer Walter hat dem Garten eine vollständig zahme Edelhirschkuh zum Geschenk gemacht. Das auffallend große, prachtvolle Tier gehört dem starken pommerischen Schlag an. Die in den Heugehegen untergebrachten männlichen Kitzböcke, der Lamm- und Spessart-Edelhirsche, erscheinen klein gegen das stattliche Tier. Eine weitere willkommene Schenkung ist eine sehr schöne zahme Rehkuh, die der Garten Frau Wolf Müller (Auerbach) überliefert. Das Tier ist vorläufig in einem Gehege des alten Hauses neben dem Aquarium untergebracht. Ein reizvolles Bild bietet das Gehege der Hirschegehege, in dem bereits fünf muntere Junge verschiedener Alters spielen. Große Anziehungskraft für die Kinder haben auch die jungen Heidsieckchen und Kamernus (H. a. f.); ein Weibchen der letzteren Art führt zwei winzige kleine schwarze Zwillinge. Das frühlingsschöne Treiben auf der Gehege, vögelweise und am großen Weiher, der zur Zeit eine besonders wertvolle Tierbesetzung u. a. ein Paar Schwarzhalschwanne aufweist, hat seinen Höhepunkt erreicht. Zwei Storchneester werden bereits bebrütet; auch die freilegenden Störche auf dem Wäldchen werden in diesen Tagen mit der Brut beginnen. Im Antilopengarten hat der Besucher häufig Gelegenheit, das Aussehen prächtiger Antilopen aus den Büschen zu beobachten.

Ein kleines Eisenbahnunfall. Dieser Tage war's, am Hauptbahnhof, so gegen die achte Stunde abends. Ich benutzte den Hamburger Zug bis nach Mödelheim. In einem Abteil 2. Klasse saß ich mit noch zwei Herren, die auch froh waren, daß wiederum ein Arbeitstag vorüber war. Da plötzlich öffnet sich die Seitentür. Ein Gepäckträger erscheint mit zwei Handkoffern, so umfangreich, daß sie auf der einen Seite des Abteils nahezu das halbe Gepäck ausfüllen. Der Mann entfernt sich wieder und kommt gleich darauf mit noch mehr ähnlichen Gepäckstücken zurück. Beide Koffer sind jetzt „komplett“. Mit Mühe vermögen wir „anderen“ unsere Güter, Kleinfächer usw. unterzubringen. Erneut öffnet sich jetzt die Tür. Ein feiner älterer Herr und ein große, etwas fortpulsende Dame erscheinen. Sie sind die Besitzer des vielen Gepäcks, von dem draußen im Vorraum der „kleine“ Rest steht. Nun kommt das Gefährt. Als der „kleine“ Herr und die Dame aussteigen, verläßt er die 1. Klasse. Der Gepäckträger beauftragt. Die Güter in dem Zug nicht, sagt er. — Komische Leute! Das viele Gepäck soll der Eisenbahnstation kostenfrei befördert, auch wenn die Reisenden arg genierde, und zweifellos die Grenze des Erlaubten überschritten. Aber zwei Willets 1. Klasse will man gerne lösen. Ja, so sind diese „Herrschaften“.

Ein guter Magen. Verdauungsorgane werden von Kindern, Wunden, Geisteskranken und Verbrechern oft verschluckt. Sind sie kurz, so werden sie meistens auf natürlichem Wege wieder ausgeschieden. Diebe verbergen wertvolles Gut im Magen, um es, wenn sie in Sicherheit sind, wieder von sich zu geben. Knöpfe, Münzen und Gebisse richten sehr selten Schaden an. Was manche Menschen „verbaugen“ können, dafür erbringt Dr. Klose aus der chirurgischen Klinik von We. Rat Rehm im Städtischen Krankenhaus ein paar interessante Fälle. Bei einem Suchtaugelfangenden wurden fünf große Holzkügel aus dem Magen entfernt. Die Länge der Holzkügel betrug 14 1/2 bis 23 Zentimeter, ihre Dide 4 bis 9 Zentimeter. Sechs Tage nach der Operation ließ der Patient seinem Bettmann ab. Die Kügelchen, die sich aus dem zweiten Stomach der Klinik an einem durch zusammengegebundene Handtücher improvisierten Stride herunter und entfiel über den Gartengraben. Er verblieb dann in den nächsten Wochen zwölf schwere Verbrennen, bis ihn nach einem Jahre die Polizei wieder erwischt. Bei einem anderen Suchtaugelfänger war der Magen sehr überdehnt. Er war ganz mit Holz ausgefüllt. Es waren im ganzen 214 Stücke, jedes 8 Zentimeter lang und 1 1/2 Zentimeter dick. Die Beschädigung der Magenschleimhaut zeigte diese mit linsengroßen Rötungen überzogen. Während des Wundverlaufes gingen noch 40 gleichartige Holzkügel — zusammen also 254 — und drei große Eisenschrauben ab. Sieben Tage nach der Operation war der Patient gerade im Begriff, in voller Reifezustand die Klinik zu verlassen, wurde aber von dem dienenden Arzte auf der Treppe angetroffen, der seine Verhaftung veranlaßte.

Vom Tage totgefahren. Am Mittwoch abend um 7 Uhr wurde am Südbahnhof ein 53jähriger Bahnbeamter totgefahren. Er wirkte vorübergehenden Soldaten zu und wurde von einem entgegengefahrenen Personenzug erfasst und sofort getötet.

Schwerer Unfall. In der Schloßstraße wurde am Donnerstag nachmittag eine ältere, am Aufstiegsplatz wohnende Frau von einem Radfahrer überfahren und am Kopf, am Hals und an der Brust lebensgefährlich verletzt. Der Radfahrer wurde zunächst von herbeieilenden Personen festgehalten, er rief sich in dem entstehenden Tumult jedoch los und entkam unerkannt. Die Frau mußte dem Krankenhaus zugeführt werden.

Lebensmüde Männer. Der Gastwirt J. A. L., Schäfergasse, machte am Donnerstag seinem Leben durch Erhängen ein Ende. Den Tod im Wasser suchte und fand ein älterer unbekannter Mann, dessen Leiche gestern bei der Niederräder Schleuse aus dem Main geborgen wurde.

## Berichtsaal.

### Frankfurter Straßkammer.

Zuhälterei. Der Hilfsarbeiter Karl Lütke hat zwar immer geklärt, nebenbei in flotten Leben aber auch noch Geld verbraucht, das seine Frau durch Unzucht verdiente. Die Straßkammer verurteilte ihn zu zwei Jahren und sechs Monaten Gefängnis.

## Sportliche Veranstaltungen.

Abd.-Turnerbund, 9. Kreis, 2. Bez., Gruppe Höchst. Sonntag Gruppenturnfest. Die einzelnen Vereine marschieren getrennt. Treffpunkt gegen 12 Uhr mittags auf dem Rosst.

Freie Turnerschaft Frankfurt. Sonntag vormittags 9 Uhr Vereinsturnerfest in der Annahalle. Am Himmelfahrtstag Waldbau im Schwanheimer Wald. Sammelpunkt Spielplatz Niederräder 8 Uhr.

Abd.-Radfahrer-Bund Frankfurt a. M. Sonntag Gesamtturn nach Stierstadt zur Begrüßungskonferenz. Abf. 9 Uhr Schanzenhaus.

Tour-Verein „Die Naturfreunde“, Frankfurt. Sonntag Vereinstour in der Vogelsberg. Geishausen — Witz-Kuh — Wendenhorn — Wüdingen — Ronneburg — Langenselbold. Abfahrt 5 Uhr Spitzb., 5.07 Südbf.; Donnerstag Mittgl.-Vers. bei Liefer. Lichtbilder-Vortr. des Gen. W. Weidner über Hochgebirgstouren. Gähne willkommen.

Naturfreunde Höchst a. M. Sonntag Tour nach Cronberg — Hühnerberg. Abf. 7.29 nach Soden.

## Briefkasten der Redaktion.

Landsturm. 1. Ergänzungskommando. 2. Jugendlicher Wagnis. D. 2. in B. Wenn Sie bisher auf die Unterstützung Ihres Sohnes angewiesen waren, steht Ihnen die staatliche Unterstützung zu. R. G. Wird nach Friedensschluß entlassen.